

Regieren Verfassungsfeinde bald in NRW?

Möglicherweise werden SPD und Grüne in Nordrhein-Westfalen aus reiner Machtgier eine Regierung mit den SED-Nachfolgern und Stasi-Rechtfertigern der Linkspartei eingehen. Damit werden Linksextremisten erstmals in ein Kabinett der alten Bundesländer einziehen.

Um folgende elf MdLs der SED/Linkspartei wirbt die SPD-Vorsitzende in NRW, Hannelore Kraft:

1. Bärbel Beuermann, Lehrerin aus Herne
2. Wolfgang Franz Zimmermann, Dipl.-Sozialarbeiter aus Düsseldorf
3. Carolin Butterwegge, Dipl.-Sozialarbeiterin aus Köln
4. Rüdiger Sagel, Dipl.-Ingenieur aus Münster
5. Gunhild Böth, Oberstudienrätin aus Wuppertal
6. Ralf Michalowsky, Dipl.-Ökonom aus Gladbeck
7. Anna Conrads, Dipl.-Politologin aus Duisburg
8. Ali Atalan, Dipl.-Sozialwissenschaftler aus Münster
9. Özlem Alev Demirel, Studentin, aus Köln
10. Michael Georg Aggelidis, Rechtsanwalt aus Bonn
11. Hamide Akbayir, Chemisch-Technische Assistentin aus Köln.

“Report Mainz” hat in seiner Sendung vom 11. Mai 2010 die elf künftigen Abgeordneten der Linken mal etwas genauer unter die Lupe genommen. Mit dem unglaublichen Resultat:

Sieben der elf Linken-Abgeordneten im nordrhein-westfälischen Landtag sind in Organisationen aktiv, die vom Verfassungsschutz als extremistisch eingestuft wurden. Außerdem waren weitere drei Fraktionsmitglieder in extremistischen Organisationen bzw. deren Umfeld aktiv. Das ergeben Recherchen des ARD-Politikmagazins REPORT MAINZ. Unter den Linken-Abgeordneten im Düsseldorfer Landtag finden sich zahlreiche Vertreter der „Sozialistischen Linken“, der „Antikapitalistischen Linken“, ein Mitglied der „Roten Hilfe“ sowie eine Abgeordnete mit DKP-Vergangenheit. Im Gespräch mit REPORT MAINZ bezeichnen mehrere Landtagsabgeordnete der Linken die DDR als einen „legitimen Versuch“.

Die Spitzenkandidatin und künftige Fraktionschefin der Linken, Bärbel Beuermann, zählt nach Recherchen von REPORT MAINZ zu den Unterzeichnern des Gründungsaufrufs der Gruppierung „Sozialistische Linke“, in dem die DDR als ein „legitimer Versuch“ bezeichnet wird. Auf die Frage von REPORT MAINZ, ob die „Stasi“ legitim gewesen sei, antwortet Beuermann mit der Gegenfrage: „Ist denn der Verfassungsschutz legitim?“.

Die Linken-Landtagsabgeordnete Gunhild Böth verneint gegenüber REPORT MAINZ die Frage, ob die DDR ein Unrechtsstaat gewesen sei. Wörtlich sagt sie: „Insgesamt, in toto, kann man das, glaube ich, so nicht sagen. Wenn man sich anguckt, aus welchen Trümmern sozusagen die DDR und mit welchen Reparationszahlungen die auch sehr demokratisch und auch sehr antifaschistisch eine neue Republik aufgebaut haben, dann muss man sagen, finde

ich das sehr beeindruckend.“ Wie sie bezeichnet auch die Linken-Landtagsabgeordnete Carolin Butterwegge die DDR im Interview mit REPORT MAINZ als einen „legitimen Versuch“.

Die Linken-Landtagsabgeordnete Anna Conrads ist Mitglied der „Roten Hilfe e.V.“. Aus einer aktuellen Einschätzung der Bundesregierung, die dem ARD-Politikmagazin vorliegt, heißt es, Ziel dieser Organisation sei, „gewaltbereite ‚Linke‘ in ihrem Kampf gegen die bestehende Ordnung zu stützen und zu stärken“.

Die „Rote Hilfe“ verfolge „linksextremistische, d.h. verfassungs-feindliche Bestrebungen“ und schreke „selbst vor Solidarität mit inhaftierten terroristischen Gewalttätern, insbesondere aus der ‚Roten Armee Fraktion‘ (RAF) nicht zurück und relativiert die von diesen begangenen Gewalttaten“. Die „Rote Hilfe“ nutze „jede Gelegenheit, das deutsche Rechtssystem (Exekutive und Judikative) als Instrument der ‚politischen Unterdrückung‘ und der ‚Gesinnungsjustiz‘ zu diskreditieren“.

Inzwischen hat die innenpolitische Sprecherin der Linksfraction im Bundestag, Ulla Jelpke, wieder einmal zur Verherrlichung der DDR-Staatssicherheit angesetzt: In einem Grußwort an eine Tagung von Veteranen der DDR-Auslandsspionage (HVA), das auf Jelpkes Internetseite zu lesen ist, kritisiert die Linken-Politikerin die „Dämonisierung“ der DDR und des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) und beklagt, daß „auch über 20 Jahre nach der so genannten Wende“ die „Stasi-Keule munter weiter geschwungen“ werde.

Während Antikommunisten aller Couleur mit Schaum vor dem Munde an der weiteren „Dämonisierung der DDR und insbesondere des MfS“ arbeiteten, seien in den vergangenen Jahren aus den Kreisen der ehemaligen HVA-Mitarbeiter „umfangreiche nüchterne wissenschaftliche Untersuchungen und Dokumentationen“ zur DDR-Auslandsspionage gekommen.

„Viele von Euch wurden für ihren mutigen Einsatz für den Frieden nach dem Ende der DDR mit Gefängnis bestraft. Die Spione des BND – eines von Altnazis aufgebauten aggressiven imperialistischen Dienstes – gingen dagegen für ihre Operationen gegen den Sozialismus straffrei aus“, kritisierte Jelpke in ihrem Grußwort an die ehemaligen DDR-Agenten.

Die auffallende Zurückhaltung der meisten Medien, aber auch der bürgerlichen Parteien angesichts dieser ungeheuerlichen Vorgänge spricht Bände. Sie zeigt auf erschütternde Weise, wie sehr Linksextremismus bis in die politische Mitte hinein mittlerweile als selbstverständlich hingenommen wird.

S.E.